



Bayerischer
Industrie- und Handelskammertag
BIHK

Herrn Ministerpräsident
Dr. Günther Beckstein
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

7. August 2008

Geplante Erhöhung der Lkw-Maut

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Beckstein,

Mitte Juni hat das Bundeskabinett beschlossen, die Lkw-Maut mit Beginn des kommenden Jahres deutlich anzuheben. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen werden auf bis zu zwei Milliarden Euro geschätzt. Begründet wird die Mauterhöhung mit steigenden Wegekosten und der Notwendigkeit zusätzlicher Einnahmen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Gleichzeitig sollen auch die Mautsätze der Mauthöheverordnung in den jeweiligen Schadstoffklassen stärker gespreizt werden, um damit den Druck zur Anschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge zu erhöhen. Im ungünstigsten Fall wird die Maut um 88 % von derzeit 0,145 €/km auf 0,273 €/km für Fahrzeuge der Schadstoffklasse Euro 1 ansteigen.

Auch wenn die Wirtschaft seit Jahren um höhere Investitionen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur kämpft, halten wir die Mauterhöhung zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Denn diese Maßnahmen führen in der Summe zu der geschätzten Belastung von bis zu zwei Milliarden Euro, welche die Verlagerer und die Transportwirtschaft treffen. Durch die ohnehin stark gestiegenen Energiekosten ist das Güterkraftverkehrsgewerbe besonders stark betroffen. Eine Kostenüberwälzung ist am Markt kaum durchzusetzen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Mauthöheverordnung wurde bereits vom Kabinett verabschiedet und soll am 19. September im Bundesrat behandelt werden. Allerdings würde die Mauterhöhung zum falschen Zeitpunkt kommen und ein völlig falsches Signal setzen.

Der Preisanstieg bei Erdöl sowie anderen Rohstoffen ist Ergebnis der Marktbewegungen und deshalb wirtschaftspolitisch nicht zu beeinflussen. Um so mehr sollte aber der politisch veranlasste Anstieg der Transportkosten verhindert werden. Dies aus folgenden Gründen:

- Die drohende Insolvenzwelle im mittelständischen Transportgewerbe hat ernste Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, die auf leistungsfähige Transportunternehmen angewiesen ist.
- Die Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut fließen nur zu einem geringen Teil in Investitionen für die Straßenverkehrsinfrastruktur.
- Die dem Transportgewerbe bei Einführung der Lkw-Maut in Aussicht gestellte Harmonisierung ist noch immer nicht in vollem Umfang umgesetzt.
- Die verstärkte Spreizung der Mautsätze entwertet ältere Fahrzeuge, deren technischer Zustand noch einen mehrjährigen Einsatz zuließe und dies bei sinkenden Konjunkturaussichten, bei denen nicht unbedingt erforderliche Investitionen eher verschoben werden.

Die bayerischen Industrie- und Handelskammern bitten Sie deshalb eindringlich, sich im Interesse der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bayern im Bundesrat gegen die Verabschiedung der Mauthöheverordnung auszusprechen. Wir begrüßen ausdrücklich die entsprechenden Zusagen von Frau Wirtschaftsministerin Emilia Müller, die einen Abdruck dieses Schreibens erhält.

Mit freundlichen Grüßen

Bayerischer Industrie-
und Handelskammertag

Präsident



Professor Dr. Dr. h.c. mult. Erich Greipl

Hauptgeschäftsführer i. V.



Dr. Anton Ganslmayer